

Anpacken für Vorpommern

Kreiswahlprogramm der SPD-Vorpommern-Greifswald 2024

Unser Landkreis Vorpommern-Greifswald ist von großen Herausforderungen, zugleich aber auch großen Chancen geprägt: Im Norden zieht die wachsende Universitätsstadt Greifswald junge Menschen aus der ganzen Republik an. Im Süden wird die Uecker-Randow Region, die in unmittelbarer Nähe zur Metropole Stettin liegt, immer attraktiver für Menschen aus dem Berliner Umfeld. Mit der Insel Usedom verfügen wir über eine der wichtigsten Tourismusregionen Deutschlands und in Lubmin steht eine in Deutschland einzigartige Infrastruktur im Energiesektor bereit, die uns große Chancen für zukünftige Wasserstoffprojekte und neue „grüne“ Industrieansiedlungen bietet. Trotz dieser Chancen ist es dem Landkreis bisher nicht gelungen, die großen Herausforderungen und Probleme in unserer Region anzupacken: Viele Menschen arbeiten immer noch im Niedriglohnssektor, Tausende haben die Region verlassen und damit ihrer Heimat in den letzten Jahrzehnten den Rücken gekehrt. Usedom erstickt im Autoverkehr und viele unserer Schulen müssen erneuert werden, damit unsere Kinder mit modernen Lehr- und Lernmethoden unterrichtet werden können. Die soziale Infrastruktur wird mit der Begründung eines allgemeinen Sparzwangs zum Schuldenabbau durch den Landkreis immer weiter abgebaut. Dabei liegt unser Landkreis beim deutschlandweiten Zukunftsranking bereits jetzt auf Platz 391 von 400.

Viele Menschen sind unzufrieden und fühlen sich bei politischen Entscheidungen nicht berücksichtigt. Ohne mit den Bauern zu reden, wurden wichtige Entscheidungen getroffen, die ihren wirtschaftlichen Erfolg beeinträchtigen. Politische Entscheidungen zu den Auswirkungen des Klimawandels wie das Heizungsgesetz verbreiten Ängste. Menschen mit geringem Einkommen fühlen sich überfordert. Durch fehlende Landarztpraxen verlängern sich immer mehr Wege für Menschen im ländlichen Raum. Seit 1990 haben sich die Lebensverhältnisse für Menschen in Ostdeutschland sehr verbessert. Das hat zur Folge, dass die Lebenserwartung erheblich gestiegen ist. Viele junge Menschen hatten in den vergangenen Jahren unseren Landkreis und unser Bundesland verlassen. Mecklenburg-Vorpommern war 1990 das Bundesland mit dem geringsten Altersdurchschnitt. Heute haben wir den höchsten Altersdurchschnitt.

Wir haben in der DDR durch eine friedliche Revolution Demokratie erkämpft. Das hat unser Land verändert. Die zerfallene Innenstadt von Greifswald blühte auf wie viele andere Orte in unserem Landkreis. Wir können reisen und uns selbst eine Meinung bilden. Offene Handelsgrenzen sind Grundlage unseres Wohlstandes. Die AfD stellt unser demokratisches System in Frage. Sie will Millionen Mitbürger*innen mit ausländischen Wurzeln aus Deutschland vertreiben. In unserem Landkreis würde das bedeuten, dass in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen, in der Gastronomie, in Forschungseinrichtungen und vielen Unternehmen Mitarbeiter*innen fehlen. Wer AfD wählt, schädigt unseren Wohlstand und verschlechtert unsere Versorgung in vielen sozialen Bereichen. Er verhindert ein freundschaftliches Verhältnis zu unserem Nachbarn Polen. Rechtstremistische Politik hat Deutschland immer ins Unglück gestürzt. Darum nie wieder Faschismus! Darum darf die AfD keine politische Macht bekommen.

Die SPD Vorpommern-Greifswald setzt sich zum Ziel, den Landkreis für junge Leute attraktiv und für ältere Menschen und für Menschen mit Handicap lebenswert zu machen! Statt den Status Quo zu verwalten oder bei der Problemlösung auf Andere zu zeigen, wollen wir

Anpacken für Vorpommern. Wir wollen Vorpommern-Greifswald zu einer Wachstumsregion machen, die neue Menschen, neue Betriebe und neue Ideen anzieht. Wir wollen für Hierbleibende, Rückkehrer und Neuankommende gleichermaßen attraktiv sein. Wir wollen die besten Bedingungen für junge Menschen und Familien in Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Wir wollen die Chance der Energiewende für unsere Region nutzen und neue Wirtschaftsfelder aufbauen. Wir wollen die kulturelle Vielfalt in unserer Region stärken und das Zusammenleben der Menschen unterstützen.

Familien und Kinder

Unser Ziel ist es, familienfreundlichster Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern zu werden. Deshalb möchten wir jedem Kind in Vorpommern-Greifswald eine kostenlose, hochwertige und regionale Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und Schulen ermöglichen. Dafür beziehen wir die Zutaten aus regionalen Anbaugebieten und arbeiten eng mit unseren lokalen Landwirten und Handelseinrichtungen zusammen. Hierzu werden wir ein Konzept vorlegen, dass sich an den Vorschlägen des Bürgerrates orientiert.

Eine wichtige Voraussetzung für eine positive Entwicklung junger Menschen ist die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Schulen. Unsere Vision ist es, die bestehenden Schulen in unserem Landkreis auszubauen und nachhaltig zu verbessern. Dazu ist es unerlässlich, dass der Landkreis verstärkt und gezielt in den Bildungsbereich investiert. Wir möchten Schulen modernisieren und sanieren, wie die Berufsschule in Wolgast sowie die Gymnasien in Löcknitz und Greifswald. Dadurch sollen Bildungseinrichtungen optimal ausgestattet werden und Schüler*innen ein inspirierendes Lernumfeld erhalten. Eine konsequente und zielgerichtete Investitionspolitik im Bildungssektor ist notwendig, um sicherzustellen, dass unsere Schulen den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen und eine bestmögliche Bildung für die junge Generation gewährleisten können. Wichtig sind hierbei für uns auch Investitionen in Berufsschulen und der Neubau neuer Einrichtungen. Wir unterstützen die Idee eines landeseigenen Unternehmens „Schulbau MV“ um dieses Ziel schnell umzusetzen. Unser Ziel in den Kindertagesstätten des Landkreises ist es, die Betreuungsqualität zu steigern. Dazu streben wir an, den Personalschlüssel auf das höchste Niveau in Mecklenburg-Vorpommern zu erhöhen. Die Förderung der Mobilität der Jüngsten unseres Landkreises ist uns ein besonderes Anliegen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Schüler*innen im Landkreis das Rufbussystem im Rahmen der VG-Card nutzen können. Ziel dieser Initiative ist es, eine flexible und effiziente Beförderung der Schüler*innen zu gewährleisten, um ihre Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen und außerschulischen Aktivitäten zu verbessern. Durch die Integration dieser Mobilitätslösung in die VG-Card möchten wir dazu beitragen, den Alltag der jungen Generation zu vereinfachen und gleichzeitig die Umwelt zu schonen.

Dies ist Teil unseres ganzheitlichen Ansatzes, die Lebensqualität der Jugendlichen im Landkreis nachhaltig zu verbessern.

Unser Ziel ist es, dass ältere Menschen in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können und dass sie am gesellschaftlichen Leben ihrer Kommune teilnehmen können, auch wenn sie hilfs- oder pflegebedürftig werden. Deshalb müssen Pflegedienste besonders in den ländlichen Regionen finanziell so ausgestattet werden, dass ihnen die Kosten für längere Anfahrtswege erstattet werden. Mobile Gesundheitszentren und Tagespflegeeinrichtungen müssen in allen ländlichen Regionen geschaffen werden. Die SPD Vorpommern-Greifswald will ältere Menschen bei der Schaffung von seniorengerechtem Wohnraum, das heißt bei barrierearmem Wohnraum

unterstützen. In unserem Landkreis besteht ein hoher Anteil an 1-Personen-Haushalten. Familiäre Pflege wird in Zukunft weiter abnehmen. Außerdem führt das Suchtverhalten im Landkreis zu einem erhöhten Pflegebedarf. Aus diesen Gründen setzt sich die SPD Greifswald-Vorpommern für die Schaffung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften und für betreute Wohngemeinschaften ein. Dabei muss betreutes Wohnen auch für einkommensschwache Senioren möglich sein. Die SPD Vorpommern-Greifswald setzt sich dafür ein, dass die Arbeit der Mitarbeiter*innen von Pflegediensten attraktiver wird. Es geht dabei um familienfreundliche Arbeitszeiten und um die Möglichkeit psychologischer Betreuung von Mitarbeiter*innen. Nur so können künftig genügend Mitarbeiter*innen für diese wichtige Arbeit gewonnen werden.

Wir wollen den Maßnahmenplan „Auf dem Weg zu einer inklusive Gesellschaft“ der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiterhin konsequent, konstruktiv und einheitlich auch in unserem Landkreis verwirklichen. Dies ist deshalb erforderlich, weil die gleichberechtigte, vollständige und selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen nach unserer festen Überzeugung zum Selbstverständnis einer solidarischen demokratischen Gesellschaft gehört: Demokratie braucht Inklusion! Menschen mit Behinderung sind dabei mit ihren Erfahrungen und Vorstellungen in vollem Umfang einzubeziehen; gleichermaßen aber auch die Beauftragten für deren Belange, die Wohlfahrts- und Sozialverbände, und alle sonstigen Akteure in diesem Bereich: Nichts über uns ohne uns!

Von besonderer Bedeutung ist für uns dabei die umfassende bauliche Barrierefreiheit in allen Gebietskörperschaften. Sie ist gleichermaßen wichtig für Mobilität in den Städten und im ländlichen Raum für diejenigen Personen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, aber auch zum Beispiel für Eltern mit Kinderwagen und ältere Menschen.

Die digitale Barrierefreiheit und der barrierefreie Zugang zu Information und Kommunikation spielt eine immer größer werdende Rolle auch für Personen mit Seh- oder Hörbehinderung, für Menschen mit kognitiven Einschränkungen und für Menschen mit Psychiatrieerfahrung. In Bereichen der vorschulischen, schulischen und weiterführenden Bildung wollen wir die Schaffung inklusiven Bildungssystems weiter voranbringen. Dabei soll allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Förderung zukommen; sie soll bereits in den Kindertageseinrichtungen beginnen und bis zur beruflichen und universitären Ausbildung reichen. Dazu gehört auch die Schaffung aller notwendigen baulich-architektonischen Voraussetzungen, die Bereitstellung der erforderlichen Lehrmittel einschließlich digitaler Mittel und ebenso die notwendigen und entsprechend ausgebildeten Lehrkräfte. Wir wollen die Schulsozialarbeit weiter fördern und ausbauen.

Die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt ist für alle Menschen von besonderer Bedeutung, nicht nur zur Sicherung der materiellen Existenzgrundlage, sondern auch zur Verwirklichung der Persönlichkeit und für vielfältige Kontaktmöglichkeiten. In einem engen Austausch mit der Bundesagentur für Arbeit und den Arbeitgebenden wollen wir erreichen, dass möglichst viele junge Menschen mit Behinderung auch eine betriebliche Ausbildung im dualen System durchlaufen. Die dafür erforderlichen Hilfen, wie Budget für Ausbildung, müssen bereitgestellt und noch bekannter gemacht werden. Dies gilt auch für das Budget für Arbeit. Sofern für die Umsetzung weitere Mittel erforderlich sind, wollen wir uns -auch gegenüber dem Land- dafür stark machen.

Dies ist auch besonders deshalb erforderlich, weil Jugendliche mit Behinderung sich immer häufiger Alternativen zum Eintritt in die Werkstätten für Menschen mit Behinderung wünschen. Diese sollen sich nach unserer Vorstellung mit besonderen Maßnahmen weiterhin für eine Kooperation und einen Übergang auf die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen. Dazu gehört für uns auch die Gründung weiterer Inklusionsbetriebe, für die Mittel der Ausgleichsabgabe einzusetzen sind. Wir wollen dafür die ergänzende Bereitstellung von Haushaltsmitteln prüfen. Bei der Inklusion im Arbeits- und Berufsleben kommt den öffentlichen Arbeitgebern nach unserer Auffassung eine Vorbildfunktion zu: Der Landkreis und die Gebietskörperschaften sollten alle Anstrengungen unternehmen, um die gesetzliche Quote von 5% zur Beschäftigung von schwerbehinderten Arbeitnehmer*innen zu erfüllen und möglichst darüber hinaus.

Für Menschen mit Behinderung, aber auch für eine zunehmend älter werdende Bevölkerung, ist die Schaffung ausreichenden barrierefreien Wohnraumes von großer Bedeutung. Auch in diesem Bereich wollen wir weitere Anstrengungen unternehmen.

Die Beratungsleistungen in allen Beratungsstellen für sämtliche Lebenslagen im Landkreis müssen inklusiv ausgestaltet sein und sich weiter dahin entwickeln. Ferner wollen wir uns dafür einsetzen, dass Eltern mit Behinderung oder psychischer Erkrankung bei der selbstständigen Erziehung, Entwicklung und Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden (Elternasistenz nach SGB IX).

Wohnen

Wir streben eine Verbesserung der Wohnsituation für Studierende und Auszubildende an, indem wir Studierendenwohnheime und Auszubildendenwohnheime miteinander kombinieren und bei Bedarf erweitern. Durch diesen ganzheitlichen Ansatz soll ein breites und attraktives Wohnangebot geschaffen werden, das den spezifischen Bedürfnissen beider Gruppen gerecht wird. Mit dieser Maßnahme wollen wir nicht nur die Wohnqualität, sondern auch die soziale Interaktion und Integration fördern, um ein unterstützendes Umfeld für junge Menschen während ihrer Ausbildungs- und Studienzeit zu schaffen. Leerstehende Wohnheimplätze soll der Landkreis Menschen zur Verfügung stellen, die sich auf der Flucht befinden. Hierfür wollen wir mit dem Studierendenwerk Greifswald und den kommunalen Wohnungsgesellschaften kooperieren und uns als Landkreis direkt beteiligen.

Es ist wichtig, dass sich der Landkreis den Herausforderungen steigender Mieten aktiv stellt und im Sinne der Mieterinnen handelt. Deshalb planen wir, die Richtlinie für die sogenannten Kosten der Unterkunft (KdU) an die steigenden Mieten anzupassen und zu erhöhen. Unser Ziel ist es, dass Mieterinnen ihre Wohnung nicht aufgeben müssen, weil die Unterstützungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch nicht den aktuellen Marktpreisen entsprechen. Auch nach notwendigen Sanierungen und Mieterhöhungen sollen Menschen mit geringem Einkommen, niedriger Rente oder im Sozialleistungsbezug ihre Wohnung weiterhin bezahlen können. Um

bezahlbaren Wohnraum in allen Städten und Gemeinden zu erhalten, fordern wir ein kreisweites Handlungskonzept bezahlbarer Wohnraum und einen kommunalen Gipfel unter Leitung des Landkreises.

Der kommunale Wohnungsbau ist in vielen kleinen Gemeinden verfallen und steht leer. Unser Ziel ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, diese Wohngebäude auf einen zeitgemäßen Standard zu bringen. Durch die Modernisierung und Instandsetzung dieser kommunalen Wohnungsbestände wollen wir nicht nur das städtebauliche Erscheinungsbild verbessern, sondern auch dringend benötigten Wohnraum schaffen. Den kommunalen Wohnungsunternehmen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, indem sie preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Für eine effektive Umsetzung ist eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Ämtern erforderlich, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen den Bedürfnissen der Kommunen entsprechen und sich nachhaltig positiv auf die Wohnsituation auswirken. Auch im ländlichen Raum setzen wir auf die Schaffung eines attraktiven Umfelds. Dazu gehören der Ausbau von qualitativ hochwertigen Radwegen, der zügige Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und die Einrichtung von Begegnungszentren. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Lebensqualität zu steigern und die Attraktivität dieser Gemeinden insbesondere für junge Familien und ältere Menschen zu erhöhen. Durch die gezielte Förderung von Infrastruktur und sozialen Einrichtungen schaffen wir ideale Voraussetzungen für den Zuzug und fördern gleichzeitig die Vielfalt im Wohnungsbau. Dies ist ein ganzheitlicher Ansatz, um die peripheren Gemeinden zu stärken und eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung zu gewährleisten.

Kleingärten sind für uns wichtige Orte des Beisammenseins, der Erholung und des ehrenamtlichen Engagements. Wir wollen das Kleingartenwesen fördern und den unverhältnismäßigen Abfallentsorgungszwang für Kleingärten abschaffen.

Energie

Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Chancen der Energiewende vor Ort bestmöglich nutzen. Das bedeutet, die Wertschöpfung so weit wie möglich im Dorf zu halten und kommunale Entscheidungen daran auszurichten. Dazu gehören Auflagen für Großanlagen, die Einführung von Anwohnerstarifen und die Erhöhung von Steuereinnahmen. Darüber hinaus wollen wir die Effizienz vor Ort durch die Nutzung von Abwärme, z.B. bei der Wasserstoffproduktion, steigern. Der ländliche Raum soll von der Verfügbarkeit von Ökostrom profitieren, indem wir ihn als Standortvorteil nutzen, um Perspektiven für energieintensives Gewerbe zu entwickeln oder als Vorreiter für Green IT Strom in Wertschöpfung in Vorpommern zu verwandeln.

Ein weiteres Anliegen ist es, den Bürger*innen in Vorpommern-Greifswald eine einfache wirtschaftliche Beteiligung auf kommunaler Ebene zu ermöglichen. Dies erreichen wir durch die Förderung von kommunalen Bürgerenergiegesellschaften und die Unterstützung von Beteiligungen an Investitionen durch den Landkreis. Dabei orientieren wir uns am fortschrittlichsten Bürgerbeteiligungsgesetz Mecklenburg-Vorpommerns für Windenergie und wollen es als Leitfaden für die Umsetzung von Photovoltaik oder Geothermie auf kommunaler Ebene etablieren.

Wir bekennen uns zu einem solidarischen Beitrag zum Netzbetrieb und setzen uns für lokale Wertschöpfung ein. Gleichzeitig lehnen wir hohe Netzentgelte und Großinvestitionen ab, wenn die Wertschöpfung nicht in unserem Bundesland stattfindet. Die nächste konkrete

Herausforderung besteht darin, innovative Wege für eine nachhaltige Wärmeversorgung zu finden. Dabei setzen wir auf lokale Optionen wie Geothermie und Biogas als alternative Wärmeversorgung. Wir wollen Nahwärmenetze in die kommunale Planung integrieren, um alternative Heizmöglichkeiten zu fördern. Wir sind uns bewusst, dass die intelligente Nutzung unserer Potenziale und die Suche nach Kooperationen auf Amts- und Landesebene entscheidend sind, um effektiv zu agieren und vor Ort einen aktiven Beitrag zu einem zentralen Thema in Deutschland und insbesondere in Vorpommern zu leisten.

Wir sehen große Chance in der Wertschöpfung durch Wasserstoff aus (offshore) Windstrom und wollen die Ansiedlung von Wasserstoffproduktion am Standort Lubmin unterstützen. Hier kann ein Energiestandort mit bundesweiter Ausstrahlung entstehen und Vorpommern zum Zentrum einer zukünftigen Energieversorgung machen.

Kommunen

Wir wollen die Kreisverwaltung näher an die Bürger*innen bringen und nach dem Vorbild des Landkreises Ludwigslust-Parchim Bürgerbüros in der Fläche einführen. Diese sollen an die bestehenden Ämter angebunden werden und Fahrtzeiten für Bürger*innen reduzieren.

Wir sehen die Digitalisierung als transformative Chance, um Videosprechstunden, Homeoffice, Behördengänge und erweiterte Schulveranstaltungen flächendeckend im ländlichen Raum zu etablieren. Unser Fokus liegt daher auf dem zügigen Ausbau der digitalen Infrastruktur vor Ort. Bestehende kommunale Räumlichkeiten sollen als barrierefreier Zugang für Menschen ohne digitale Zugangsmöglichkeiten dienen.

Die Kreisverwaltung soll Vorreiter sein und ihren Mitarbeitenden das Deutschlandticket zu stark vergünstigten Konditionen anbieten. Parallel dazu streben wir eine außertarifliche Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche an. Diese Maßnahme soll die Attraktivität der Verwaltung als Arbeitgeber für qualifizierte Fachkräfte erhöhen.

Wir setzen uns aktiv für eine Fusion der reinen Verkehrsunternehmen nach dem Vorbild der Mecklenburg-Vorpommerschen Verkehrsgesellschaft im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ein. Durch die Bündelung der Kompetenzen und die Vereinheitlichung des Fuhrparks versprechen wir uns erhebliche finanzielle Einsparungen, die der Allgemeinheit zugutekommen.

Ein weiterer strategischer Schritt ist die Prüfung und Nutzung von Synergieeffekten zwischen dem Eigenbetrieb Rettungsdienst und dem Eigenbetrieb Pflege- und Betreuungseinrichtungen.

Als Sparmaßnahme schlagen wir vor, dass die Spitze der Verwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und den Dienstwagen in den allgemeinen Fuhrpark überführt. Darüber hinaus sollen die Mittel für Dienstreisen und ähnliche Ausgaben deutlich reduziert werden, um der Verwaltung vermehrt Deutschlandtickets zur Verfügung zu stellen und so die Kosten zu optimieren.

Metropolregion Stettin

Im Rahmen unserer regionalen Entwicklungspläne setzen wir verstärkt auf eine substanzielle

Verbesserung der Infrastruktur mit Schwerpunkt in der Metropolregion Szczecin. Mit dieser gezielten Ausrichtung wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren, um gemeinsame Potenziale optimal zu nutzen. Der Ausbau von Verkehrswegen und digitalen Netzen steht dabei im Vordergrund, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region nachhaltig zu stärken.

Unsere europäischen Nachbarn, insbesondere Polen, spielen dabei eine herausragende Rolle. Wir wollen die Verbindungen zwischen den Menschen in Polen und Vorpommern nachhaltig fördern. Dabei setzen wir auf eine vertiefte Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, indem wir Städtepartnerschaften und Schulbeziehungen weiter intensivieren. Wir wollen die Kommunen aktiv dabei unterstützen, nicht nur bestehende Partnerschaften zu pflegen, sondern durch gemeinsame Projekte neue Brücken zu bauen. Dieser ganzheitliche Ansatz erschließt nicht nur enorme kulturelle Potenziale, sondern eröffnet auch Chancen, die Wirtschaftskraft unserer polnischen Nachbarn optimal für unsere Region zu nutzen. Wir sind davon überzeugt, dass ein gutes Miteinander die wesentliche Grundlage für ein attraktives Umfeld ist, das nicht nur Fachkräfte anzieht, sondern auch unsere Gewerbetreibenden nachhaltig unterstützt und stärkt.

Jugend – Kultur – Ehrenamt – Feuerwehren - Sport

Um die junge Generation in unserer Region zu halten und zu stärken, setzen wir auf die nachhaltige Entwicklung und den Ausbau kultureller Einrichtungen. Dazu gehört auch die aktive Beteiligung des Landkreises am Theater Vorpommern, um eine vielfältige Kulturlandschaft zu fördern und zu erhalten.

Gemeinsam mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen übernehmen wir Verantwortung für die Theater in Vorpommern. Das Angebot der Vorpommerschen Landesbühne Anklam stellt gerade im ländlichen Raum ein wichtiges kulturelles Angebot dar. Wir setzen uns nachdrücklich für den Erhalt und die Fortführung dieses Angebotes ein. Insbesondere vor dem Hintergrund fehlender fester Theaterstrukturen im ehemaligen Landkreis Uecker-Randow setzen wir uns für eine Beteiligung des Landkreises am Theater Vorpommern ein.

Zur nachhaltigen Stärkung der Kulturlandschaft streben wir die Einführung einer Kulturquote von 0,5% des Kreishaushaltes an. Neben der Erhöhung der Mittel für Kulturprojekte und die freie Kulturszene legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung der Musikschulen und Jugendkunstschulen.

Diese Einrichtungen wollen wir nicht nur erhalten, sondern auch auf hohem Niveau fördern. Die Einführung der Kulturquote soll auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Der Kunst- und Kulturrat Vorpommern-Greifswald als Unterstützungs- und Vertretungsinstitution für die Künstler*innen in der Region soll gestärkt und personell unterstützt werden, um die vielfältige Kulturszene nachhaltig zu fördern.

Wir streben den Ausbau der Jugendsozialarbeit in den Jugendeinrichtungen in Trägerschaft des Landkreises an. Damit wollen wir die Förderung junger Menschen gezielt vorantreiben.

Eine nachhaltige Stärkung des Freiwilligendienstes ist für uns unverzichtbar. Wir setzen uns nicht nur für eine kontinuierliche Fortführung des Programms ein, sondern wollen eine

kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für Freiwilligendienstleistende erreichen.

Um das Wissen und die Expertise der Menschen im Landkreis besser nutzen zu können, planen wir die Einrichtung eines Beirates für Regionalentwicklung. In diesem Beirat sollen Beteiligte aus den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vertreten sein. Zur Förderung von Vereinen in der Kommune planen wir nicht nur die Einführung einer Vereinsbörse, sondern auch eine transparente Kommunikation von Einsatzorten und Werbemaßnahmen für Anwohner*innen. Wir setzen auf mehr Partizipation und Kommunikation zwischen Vereinen und Kommune.

Der Erhalt der Feuerwehren in den kleinsten Dörfern unseres Landkreises ist uns ein Anliegen. Der Kreis wird die Wehren und Gemeinden bei der Mitgliederwerbung und Beschaffung aktiv unterstützen. Wir unterstützen die Forderung nach einer Zusatzrente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren in Vorpommern-Greifswald.

Unsere Sportstätten sollen nicht nur erhalten, sondern auch verbessert werden. Ziel ist es, die Sportplätze nicht nur für die traditionellen Sportarten, sondern auch für weitere Sportarten auszubauen. Um die Vereine in Zeiten steigender Kosten zu unterstützen, wollen wir die mitgliederbezogene Förderung erhöhen. Diese Mittel sollen auch genutzt werden, um die Arbeit der ehrenamtlichen Übungsleiter*innen in den Vereinen zu würdigen. Der Landkreis soll Vereine bei Fusionen aktiv begleiten und unterstützen. Spielgemeinschaften und Spielgemeinschaften werden gezielt gefördert. Um den sportlichen Austausch mit Polen zu intensivieren, werden die Gespräche über eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Sportvereine mit umfangreicher Jugendarbeit künftig die Sportstätten des Landkreises kostenlos nutzen können.

Die Ehrenamtskarte des Landkreises soll auf ehrenamtliche Übungsleiter*innen ausgeweitet werden.

Die enge Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen in der Region wird intensiviert, um eine lebendige Demokratie im Landkreis zu stärken.

Kommunalfinanzen

Die SPD steht fest an der Seite der Kommunen und verfolgt konsequent das Ziel, die Kreisumlage bis 2029 schrittweise auf 40 % zu senken. Dieser ehrgeizige Plan sieht vor, die Senkung in jährlichen Schritten von jeweils 2% umzusetzen.

Im Hinblick auf die Belastung durch die Kreisumlage, die die Haushaltsführung der Gemeinden erschwert, schlagen wir vor, dass der Landkreis einen Fond einrichtet. Aus diesem Fond soll ein Teil der Kreisumlage den Gemeinden erstattet werden, deren finanzieller Handlungsspielraum durch die Amtsumlage erheblich eingeschränkt wird.

Wirtschaft

Wir setzen uns dafür ein, die Lebensqualität der Menschen in unserer Region zu steigern. Unsere Schwerpunkte liegen dabei auf den Bereichen Gesundheit, Tourismus und Wirtschaft. Dazu fördern wir die Wasserstoffwirtschaft und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. Um unsere Region von ihrem Status als Niedriglohnregion zu befreien und Menschen für eine Rückkehr nach Vorpommern-Greifswald zu gewinnen, setzen wir uns entschieden für die Erweiterung von Tarifbindungen und höhere Löhne ein. Die SPD Vorpommern-Greifswald steht solidarisch an der Seite der Gewerkschaften und fordert, dass Aufträge des Landkreises nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Mindestlohn auf 15 Euro zu erhöhen. Dadurch soll eine ausreichende Rentenversorgung im Alter über dem Niveau der Grundsicherung gewährleistet werden. Wir fördern aktiv den Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten in innovativen Branchen, indem wir Netzwerke unterstützen. Insbesondere orientieren wir uns dabei am Beispiel von H2-Vorpommern. Das Schwerpunktprogramm „Digitalisierung Vorpommern“ soll die digitale Infrastruktur, digitale Kompetenzen und Co-Working Spaces für Unternehmensgründungen vorantreiben. Wir setzen uns für einen Bürokratieabbau bei Unternehmensgründungen ein und fördern eine beschleunigte Bearbeitung von Anfragen und Anträgen durch die Kreisverwaltung. Die Erweiterung des „Landschaftsschutzgebiets Insel Usedom und Festlandgürtel“ für die touristische Erschließung durch den Landkreis lehnen wir ab. Wir engagieren uns für einen umwelt- und sozialverträglichen Tourismus. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung eines Nachhaltigkeits-Gütesiegels für touristische Betriebe. Zusätzlich wollen wir Familien und Reittourismus stärker fördern.

Die Dienstleistungsgedanken sollen in den Kommunen bei den Angestellten stärker betont werden. Es soll vermehrt darauf geachtet werden, dass Dienstleistungen, die in den letzten Jahren an externe Firmen vergeben wurden, wieder in kommunale Hand zurückkommen.

Die tarifliche Bindung soll bei kommunalen Eigenbetrieben sowie bei Einkäufen von Dienstleistungen und Material verstärkt durchgesetzt werden. In den Gemeinden möchten wir mehr soziale Betriebe und Beteiligungsgesellschaften ermöglichen.

Die Ausbildung in den Kommunen soll intensiver von erfahrenen Mitarbeiter*innen begleitet werden. Wir streben eine langfristige Personalplanung an und setzen uns für die Einführung eines Weiterbildungsmanagements ein.

Es ist uns wichtig, die Metropolregion Stettin zu stärken und die Kommunikation mit polnischen Kolleg*innen im Bereich der Arbeitnehmendenvertretung zu verstärken.

Wir setzen konkrete Ziele für die Anzahl der Auszubildenden. Wir unterstützen Unternehmen bei der Ausbildung, um einem Fachkräftemangel vorzubeugen. Wir fördern Präventionsangebote und den Ausbau betriebsärztlicher Strukturen. Um flexiblere Arbeitszeiten zu ermöglichen, setzen wir uns für eine größere Möglichkeit der Arbeitnehmer*innen für Homeoffice ein. Wir möchten Fachkräfte gewinnen und die Beziehungen stärken. Dazu bieten wir mehr Sprachkurse an, schaffen Welcome-Center und etablieren eine Willkommensstruktur in der Gesellschaft für ausländische Fachkräfte.

Öffentlicher Personennahverkehr

Eine nachhaltige und langfristige positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Region hängt maßgeblich vom Ausbau des Nah- und Fernverkehrs ab. Unsere Hauptpriorität liegt daher auf

der Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere im Schienenverkehr, sowie auf einer verbesserten Anbindung unserer Region an Berlin. Wir möchten außerdem Rufbus-Systeme auf- und ausbauen, um eine flexible Mobilität für Menschen unterschiedlichen Alters zu ermöglichen. Unsere Strategie zur Bereitstellung eines attraktiven und effizienten Mobilitätsangebots für Arbeitnehmer*innen basiert auf der Modernisierung von Straßen und Schienen sowie dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau und der Instandhaltung des Rad- und Fußwegenetzes. Eine sichere, bequeme und nachhaltige Fortbewegungsmöglichkeit für alle Menschen ist von grundlegender Bedeutung.

Um einen lebenswerten, sozialen ländlichen Raum zu schaffen, der gleiche Lebensbedingungen in Städten und kleinen Orten auf dem Land ermöglicht, ist es unverzichtbar, dass der Landkreis eine komfortable, kostengünstige und sichere Mobilität für alle fördert. Hierzu gehören gut ausgebaute Straßen, sichere Fahrradwege und ein effektiver öffentlicher Nahverkehr. Der öffentliche Nahverkehr sollte sämtliche Regionen unseres Landkreises verbinden und die Menschen zuverlässig zu ihren Zielen bringen, insbesondere dann, wenn es notwendig ist.

Wir setzen uns innerhalb dieses Gesamtkonzepts explizit für einen umfassenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein, insbesondere des Schienenverkehrs. Wir appellieren an den Landkreis, die Implementierung weiterer Rufbus-Systeme, wie beispielsweise das ILSE-Rufbus-System, voranzutreiben. Dies sollte besonders in kleinen ländlichen Orten verstärkt erfolgen. So wird eine flächendeckende öffentliche Mobilität innerhalb und zwischen den Regionen unseres Landkreises gewährleistet. Wir setzen uns vehement für die Entwicklung eines umfassenden Mobilitätskonzepts ein. Wir möchten die Mobilität in unserem Landkreis ganzheitlich verbessern und dabei sicherstellen, dass jeder, unabhängig von Wohnort, Alter oder beruflichem Hintergrund, davon profitieren kann. Dieses Konzept soll allen Menschen eine bequeme, sichere und finanziell erschwingliche öffentliche Mobilität ermöglichen. Wir streben an, nicht nur den regulären Busbetrieb, sondern auch ein neu einzurichtendes Rufbus-System und den Schienen-Nahverkehr nahtlos zu integrieren.

Um den Nahverkehr für Jugendliche attraktiver zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, Nachtbusse speziell für diese Zielgruppe einzurichten und den ILSE-Bus bis nach Greifswald zu erweitern. Die steigende Nutzung des grenzüberschreitenden Verkehrs in Richtung Stettin betont die Bedeutung der grenzüberschreitenden Mobilität. Insbesondere polnische Arbeitnehmer*innen in der Grenzregion zu Polen profitieren davon. Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit trägt nicht nur zum gegenseitigen Verständnis und zur wirtschaftlichen Entwicklung bei, sondern hat auch einen unschätzbaren Wert in einem vereinten Europa. Daher setzen wir uns dafür ein, die grenzüberschreitende Mobilität im südlichen Teil unseres Landkreises zu fördern.

Wir fordern eine kritische Überprüfung von klimafeindlichen Subventionen, wie beispielsweise für den Flughafen Heringsdorf. Als Alternative schlagen wir vor, bestehende Subventionen in einen Investitionsfonds für die Wiederbelebung des Personennahverkehrs umzuleiten. Finanzielle Mittel könnten gezielt für die Unterstützung von Strecken wie Greifswald/Lubmin oder Penkun/Stettin eingesetzt werden. Dadurch wird die nachhaltige Mobilität in unserer Region gefördert und zukunftsorientiert gestaltet.

Gesundheit und Pflege

Die Themen Gesundheit und Pflege sind bereits in der heutigen Zeit von zentraler Bedeutung und werden in Zukunft mit noch größeren Herausforderungen konfrontiert sein, insbesondere im ländlichen Raum. Deshalb setzen wir uns auf kommunaler Ebene nachdrücklich für eine Neugestaltung und Verbesserung der Gesundheitsversorgung ein. Unser Hauptanliegen ist es, diese Angelegenheit zur Priorität in den Gemeindevertretungen zu machen und vor Ort konkrete Maßnahmen zu implementieren. Diese Maßnahmen sollen den Menschen ermöglichen, ihre Lebensgestaltung eigenständig zu gestalten.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die gezielte Gewinnung von Landärzt*innen, um eine flächendeckende medizinische Versorgung in der Region sicherzustellen. Hierzu wollen wir Pilotprojekte für Eigeneinrichtungen der Kassenärztlichen Vereinigung und Medizinische Versorgungszentren mit gemeinnützigen Partnern fördern.

Gleichzeitig streben wir an, Versorgungsschlüssel zu entwickeln, die nicht nur die alltäglichen Anforderungen, sondern auch Spitzenbelastungen, wie sie etwa im touristischen Kontext auftreten können, adäquat berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Insel Usedom und die Situation in den Kaiserbädern. Ein weiterer zentraler Schwerpunkt liegt auf der Revitalisierung und Förderung von Gemeindeschwestern sowie der ambulanten Pflege. Dadurch soll eine umfassende Betreuung direkt in den Gemeinden ermöglicht werden.

Parallel dazu setzen wir auf Kooperationen für mobile Sprechstunden, um die medizinische Versorgung flexibler und näher an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten. Wir möchten innovative Lösungen in der Gesundheitsversorgung vorantreiben, indem wir digitale Formate verstärkt integrieren und bei deren Anwendung aktiv unterstützen. Wir möchten die Gesundheit der Bürger*innen vor Ort proaktiv unterstützen und stärken. Dazu fördern wir Präventionsprogramme wie die Schaffung von Sportgruppen. Unsere Initiative setzt auf die Stärkung von Selbsthilfemöglichkeiten. Wir möchten die Eigenverantwortung für die eigene Gesundheit fördern und die Bevölkerung dazu befähigen, aktiv zu einer gesunden Lebensweise beizutragen. Ein effizientes Terminvergabesystem ist unverzichtbar, um sicherzustellen, dass jeder zeitnah einen Termin erhält. Dies ermöglicht einen einfachen Zugang zur medizinischen Versorgung und ist ein wichtiger Bestandteil unserer umfassenden Gesundheitsinitiativen auf kommunaler Ebene.

Demokratische Mitbestimmung

Wir wollen die Menschen im Landkreis auch unabhängig von den Kommunalwahlen stärker mitbestimmen lassen. Deswegen wollen wir besonders wichtige Fragen in Bürgerentscheiden durch den Kreistag beschließen lassen. Einwohner*innenanträge werden wir besonders würdigen und bei der Umsetzung der Anliegen helfen. Wir wollen die Bürger*innen auch die Einführung von Beteiligungsgremien in die Entwicklung des Landkreises einbeziehen. Wir fördern Kinder- und Jugendbeiräte sowie Senioren- und Behindertenbeiräte und werden uns für die Einsetzung und den Erhalt entsprechender Beiräte auf Kreisebene einsetzen.

Umwelt

Unser Landkreis ist schön. Er ist ein Ort zum Leben, ein Wirtschafts- und Bildungsstandort und bietet Möglichkeiten zur Erholung inmitten unserer wunderschönen Natur. Unser Ziel ist es,

den Landkreis bis 2040 klimaneutral zu machen. Dazu planen wir einen gezielten Ausbau der erneuerbaren Energien mit Bürger*innenbeteiligung und eine Erweiterung des ÖPNV-Angebots. Um die Mitbestimmung zu stärken und die Akzeptanz zu erhöhen, möchten wir einen Bürger*innenrat einrichten. Dieser soll die Entscheidungsträger*innen im Landkreis in Fragen der Nachhaltigkeit, des Klimaschutzes und der Energiewende beraten.

Wir setzen uns für eine Stärkung unserer Wochenmärkte ein, um regionalen Anbieter*innen bessere Vermarktungsmöglichkeiten zu bieten. Unser Ziel ist es, möglichst viele regionale Wertschöpfungsketten zu schaffen. Wir möchten regionale Vermarktungswege für unsere lokal und regional hergestellten Produkte auf Landesebene entwickeln. Außerdem möchten wir Kleingärtner*innen stärken, da Kleingärten zur Erhaltung der Biodiversität und gesunden Ernährung beitragen und eine naturnahe Freizeitgestaltung sowie ein Gemeinschaftsgefühl fördern.

Um Pendler*innen zu entlasten, soll der ÖPNV kreisweit auch auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet werden. Dadurch können langfristig Emissionen und Stress reduziert werden. Eine Entwicklung des Rufbus-Systems in unserem Kreis ist ebenfalls Teil unserer Pläne.

Bei Renaturierungsprojekten möchten wir die Bürger*innen aktiv einbeziehen, da nur durch Partizipation langfristige Akzeptanz geschaffen werden kann.

Um einen nachhaltigen Tourismus zu fördern, sollen angepasste und verträgliche Angebote entwickelt werden.

Langfristig soll die Peene zur Stromerzeugung aus Solarenergie genutzt werden. Dadurch wird regionale Wertschöpfung vor Ort geschaffen, die regionale Wirtschaft gestärkt und der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben.

Wir möchten gezielt das Anlegen von Blühflächen und Hecken mit einheimischen Gehölzen fördern.

Wir möchten einen Zeitplan für die Ersatzpflanzung von Alleebäumen erstellen.

Unser Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft im Kreisgebiet. Dazu möchten wir unseren Betrieben helfen, umweltschädliche und kritische Herbizide oder Pestizide zu vermeiden. Hierfür sind bessere Kontrollen notwendig. Wir setzen uns für eine kontrollierte Renaturierung ehemaliger Moore ein und möchten Paludikultur als eigenständigen Wirtschaftszweig in unserem Landkreis etablieren. Die nasse Bewirtschaftung von Moorflächen trägt positiv zum Klimaschutz bei.

Wir unterstützen die Gemeinden bei der Umsetzung von Vorhaben zur Wärme- und Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien vor Ort.

Um Prozesse und Entscheidungen besser nachvollziehbar zu machen, fordern wir den Landkreis auf, Umweltdaten transparent zur Verfügung zu stellen.

Schlusswort

Entscheidungen mit großer Tragweite werden direkt vor unserer Haustür getroffen. Die Kommunalpolitik ist beispielsweise zuständig für die Neugestaltung von Gehwegen, die Bepflanzung von Grünstreifen und die Einrichtung von Spielplätzen im Viertel. Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen an der Entscheidungsfindung teilnehmen, da diese Angelegenheiten uns alle betreffen. Menschen übernehmen Verantwortung für ihre Gemeinde. Sie setzen sich ehrenamtlich ein und engagieren sich für die bestmögliche Entwicklung ihrer Region und des Landes. Wir betrachten diese Form der Selbstverwaltung als äußerst wichtig. Sie stellt selbst in der kleinsten Gemeinde den Ursprung unseres demokratischen Zusammenlebens dar. Unsere ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen geben ihren Wähler*innen, Nachbar*innen, Freund*innen und Bekannten eine politische Stimme. Sie setzen sich für konkrete Verbesserungen vor Ort ein und gestalten die Lebensrealität durch hochwertige Kindertagesstätten, Schulen, attraktive Lebensumgebungen und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. Dadurch bilden sie das Fundament für ein gemeinschaftsorientiertes Miteinander. Wir danken ihnen dafür.

Unsere Überzeugung ist, dass politische Entscheidungen immer die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigen und im Sinne der Mehrheit handeln sollten. Jeder Bürger sollte die Möglichkeit haben, sich ernsthaft einzubringen, Einfluss auf lokale Entscheidungen zu nehmen und seine Meinung deutlich zu artikulieren. Als Sozialdemokraten kämpfen wir leidenschaftlich für die Menschen. Wir bringen Interesse, Fachkenntnisse und ein starkes Netzwerk in diese Debatte ein.

Unser Ziel ist es, gleichermaßen für die Bedürfnisse der Menschen in Städten und Dörfern einzutreten. Wir setzen uns für Gemeinden ein, in denen Gemeinschaft, Hilfe und Anerkennung das gemeinsame Zusammenleben prägen. Diese solidarische Herangehensweise prägt uns in unserer Arbeit.